

Links informiert

3 Sommerfest mit gutem Mix/
Dem Programmwurf zustimmen

Schlaatz/Waldstadt

6–8 Nahversorgung am Schlaatz und
in Waldstadt/Brauhausberg

Original sozial

10 Interview: Ralf Christoffers,
Wirtschafts- und Europaminister

Mit tollen Festen den August beendet

22. Sommerfest der LINKEN im Lustgarten und „Afrika-Festival“ am Brandenburger Tor

Das Wetter hatte sich endlich zum Guten gewendet. So konnten zwei wichtige Festtermine in Potsdam erfolgreich „über die Bühne“ gehen. Am 20. August das immerhin schon 22. Sommerfest der LINKEN im Lustgarten und eine Woche später (nach Redaktionsschluss also) das Afrika-Festival.

DIE LINKE hatte wie in den Vorjahren wieder großen Zuspruch. Und das Programm war sehr sommerlich – nicht nur bei den Salsa-Rhythmen (Foto und siehe Seite 3). Die afrikanische Community in Potsdam hatte dann am 27. August ihren Monat im Zeichen Afrikas mit einem Fest am Brandenburger Tor ausklingen lassen. Das Afrika-Festival sollte bei allen Potsdamerinnen und Potsdamern das Interesse für die Vielfalt der Kulturen des Kontinents Afrika wecken. Bunt und lebensfroh gestaltete die Community mit Gesang, Tanz und anderen Programmbeiträgen den Tag. Die afrikanische Community in Potsdam zeigte durch die Vorbereitung des Festivals und durch das Fest selbst ihre feste Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft Potsdams.



Auf ein Wort...



Brandenburgs Hochschulen boomen – NEIN zu Studiengebühren

Von Sascha Krämer,
Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Potsdam

Brandenburgs Hochschulen können sich vor Bewerbern kaum retten. Bei den zulassungsbeschränkten Fächern zählt das Land rund 80 000 Bewerbungen. Nach Auskunft des Wissenschaftsministeriums liegt die Zahl damit schon jetzt deutlich über der Vorjahreszahl von rund 50 000 Studieninteressierten. Einen leichten Rückgang der Bewerber gegenüber dem Vorjahr verzeichneten lediglich die Hochschule Lausitz in Senftenberg (Oberspreewald-Lausitz) und die Fachhochschule Potsdam. Diese hohe Bewerberzahl ist eine Bestätigung, wie attraktiv der Hochschulstandort ist. Jedoch droht die Einführung von Studiengebühren. DIE LINKE lehnt Studiengebühren jeglicher Art prinzipiell ab – auch das von Dr. Grunewald, dem amtierenden Präsidenten der Universität Potsdam, vorgeschlagene Modell von Studienkonten. Durch Studiengebühren würde sich die Chancenungleich-

Bürgerhaushalt ernst nehmen!

Das Resultat der Bürgerumfrage – vorgestellt auf dem Sommerfest der LINKEN

Politische Teilhabe ist Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Sie ist eine enorme soziale Ressource, die integrierend und mobilisierend auf das Gemeinwesen wirkt. Ein demokratisch verfasstes Potsdam lebt von der selbstbewussten, kompetenten und eigenverantwortlichen Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen.

Ein Element der politischen Teilhabe ist der Bürgerhaushalt – der in Potsdam zur aktiven Teilnahme animieren soll. In unserer Bürger-

umfrage stellten wir auch die Frage nach dem Bürgerhaushalt. Ist er bekannt? Dies haben 70% mit ja beantwortet. Auf die Frage ob sie schon einmal teilgenommen haben, antworten 26% mit „ja“.

Unter anderem erhielten wir folgende Statements zum Bürgerhaushalt:

- vorher klären was man damit kann und was die Stadt damit will
- Bürgerhaushalt hat bei dieser Stadtspitze keinen Zweck
- bürgerfreundliche Internetnutzung

● halte Bürgerhaushalt für überflüssig

● Mittelvergabe nicht nach dem lautesten Schreihals, sondern nach gesamtgesellschaftlichem Nutzen und Bedürftigkeit

● Vorschläge der Bürger werden nicht eingehalten (siehe Zimticken, Concordia Fußballfeld)

● man sollte das Gefühl bekommen tatsächlich mitentscheiden zu können

● mehr personelle und bürger-nahe Abstimmung in den Ortsteilen

● Vorschläge ernst nehmen und nicht arrogant drüber wegschauen

● keine Verarsche wie bisher

● Bürgerbeteiligung bevor alles im Sack ist, pro forma Beteiligungen kann sich der OB sparen

● bereits im Eckwertebeschluss sollte die Summe für Bürgerhaushalt vorgegeben werden, die dann nicht veränderbar ist

● 1% vom Gesamthaushalt (mehrfach gefordert)

● wird mit viel Aufwand betrieben, am Ende kommt zu wenig raus

● es ist prozentual lächerlich, das als Einfluss zu bezeichnen.

Dieses basisdemokratische Mittel muss, wenn es dem Ziel der direkten Demokratie dienen soll, auch mit eigenen Finanzen – einem eigenen Haushaltstitel – ausgestattet sein. Es geht um mehr als nur ums Mitreden, sondern auch um spürbare Entscheidungsmöglichkeiten. Erst das schafft Vertrauen und Akzeptanz, die der Bürgerhaushalt bisher offensichtlich zu wenig genießt. Permanente Enttäuschungen für motivierte Bürgerinnen und Bürger machen den Bürgerhaushalt jedoch nicht attraktiv

Sascha Krämer
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. Potsdam

Für eine lebenswerte Zukunft!

Von Athen und Barcelona bis Berlin – gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung!/Aufruf für die 8. Herbstdemonstration gegen die Regierung in Berlin am 17. September 2011

Seit Beginn der Herbstdemonstrationen vor 7 Jahren gibt es jährlich mehr Gründe gegen eine Regierung auf die Straße zu gehen, die die Interessen „ihres“ Volkes mit Füßen tritt. Die Montagsdemonstration strahlt mit ihrem ausdauernden Kampf aus und trägt zum Widerstand bei. In Verbindung mit den Anti-AKW-Protesten entwickelte sich der Montag mehr und mehr zu einem vielfältigen »Tag des Widerstands«. Nach dem geschei-

terten Versuch des vorzeitigen Ausstiegs aus der Steinkohleförderung kassierte die Regierung mit den Anti-AKW-Protesten eine weitere herbe Niederlage. Die Merkel-Regierung ist in der Defensive. Und die Bevölkerung hat noch mehr Rechnungen mit ihr offen.

Bündeln wir deutschlandweit und über Ländergrenzen hinweg unseren Widerstand gegen die Krisenprogramme der Regierung(en)! Aktiver Widerstand gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit! Für mehr demokratische Rechte und Freiheiten! Weg mit Hartz IV und der Rente mit 67! Kein Stuttgart 21! Für internationale Solidarität und Zusammenhalt!

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

heit auf Kosten von Studierenden aus sozial schwierigen Verhältnissen erhöhen. Wir sind froh über die Erklärung von Wissenschaftsministerin Sabine Kunst, dass sie hinter dem Koalitionsvertrag steht und es in dieser Legislatur keine Studiengebühren geben wird. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Jugendlichen bei entsprechenden fachlichen Voraussetzungen die Möglichkeit zum Studium erhalten sollten – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern. Studierende dürfen nicht zur Schließung von Haushaltslöchern missbraucht werden.

Uferwege – erste Schritte eingeleitet

Oberbürgermeister Jann Jakobs hat im August über den aktuellen Stand der Sicherung der öffentlichen Uferwege am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See informiert. „Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um den öffentlichen Uferweg am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See umzusetzen“, sagte der Oberbürgermeister. „Das ist der starke Wille der Bürgerinnen und Bürger Potsdams und fand auch in einstimmigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung seinen Niederschlag. Wir haben erste Schritte dazu getan, weitere werden folgen.“

Erfolg beim Oberverwaltungsgericht: Das Oberverwaltungsgericht

Berlin-Brandenburg (OVG) hat die Rechtmäßigkeit der Satzungen über die Veränderungssperre und das besondere Vorkaufsrecht der LHP, die am 28.05.2009 beschlossen wurden, im April 2011 indirekt bestätigt. Der Rechtsstreit hatte sich erledigt, nachdem die Satzungen aus dem Jahre 2009 durch nachfolgende Satzungen ersetzt wurden. Das OVG hatte nun über die Kosten zu entscheiden, die derjenige trägt, der das Verfahren verloren hätte. Das OVG billigte der LHP das Recht zu, eine neue Planung auch wieder mit den entsprechenden Instrumentarien des Baugesetzbuchs zu schützen.

Lediglich ein Verfahren gegen die

aktuelle Veränderungssperre ist noch beim OVG anhängig. Hier sind die Erfolgsaussichten für die LHP ebenfalls sehr gut.

Aktueller Stand Griebnitzsee: Von den ca. 40 betroffenen Privatgrundstücken haben etwa 30 Grundstückseigentümer zur Planung Stellung genommen. Derzeit werden die Ergebnisse der Beteiligung ausgewertet und Änderungen in die Planung eingearbeitet. Es ist vorgesehen, die Beschlussvorlage für eine erneute öffentliche Auslegung, die auf bestimmte Teilbereiche des Plangebiets beschränkt ist, am 2. November in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Aktueller Stand Groß Glienicker See: Nach dem Scheitern des Mo-

ratoriums im Dezember 2010 wurde im April 2011 an jeden Eigentümer bzw. Miteigentümer der Privatgrundstücke ein Kaufangebot für die Wegefläche nach Bebauungsplan zugesandt.

Alle, die auf das Kaufangebot reagiert haben, erhalten ein Antwortschreiben vom Oberbürgermeister. Dessen ungeachtet werden die weiteren Schritte des förmlichen Verfahrens nach Baugesetzbuch vorbereitet.

Neben den privaten Eigentümern erhält nunmehr auch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bezogen auf ihre 15 Ufergrundstücke Kaufangebote. Ein entsprechendes Schreiben an die BImA wird ebenfalls vorbereitet.

„Stilles Vietnam“ und World Trade Center

Es war auch ein 11. September, der 11. September 1973, als in Chile - dem „stillen Vietnam“, wie es Pablo Neruda nannte - der demokratisch gewählte Präsident, Dr. Salvador Allende, gestürzt wurde

und durch eine durch die USA unterstützte Militärjunta ersetzt wurde. Diese etablierte ein Wirtschaftsmodell US-amerikanischer Ökonomen aus Chicago. Chile wurde ein erstes Experimentierfeld für das

neoliberale Wirtschaftsmodell. Exakt 28 Jahre später bringen Terroristen das World Trade Center, ein Symbol westlicher Handelsmacht und Dominanz, zum Einsturz.

Wenn nun diese Attentate vom 11. September 2001 mit den von Wirtschaftsinteressen geleiteten Ereignissen vom 11. September 1973 miteinander in Beziehung gesetzt werden, scheint das zunächst fragwürdig. Einen logischen Zusammenhang ergibt jedoch eine Verknüpfung dieser Ereignisse, wenn sie aus der Sicht der Systemtheorie betrachtet werden. Die besagt nämlich: Ein System, das die in seinem Feld zum Ausgleich strebenden Kräfte unterdrückt, erzeugt Spannungen, Kampf oder sogar Sabotage und Terrorismus. Will die Mehrheit dieses Systems die unterdrückte Minderheit sogar vernichten, ist sie zum Scheitern verurteilt.

Die Konfliktforschung bestätigt diese Theorie: Werden Konflikte unterdrückt, dann kehren sie - oft auf anderer Ebene und in veränderter Form - solange wieder, bis ein Ausgleich zwischen den Konfliktpartnern unausweichlich wird. Einseitig „gelöste“



Konflikte, d.h. wenn eine Seite „sieg“, führen zum so genannten „Rachezyklus“.

Und Terrorismus-Experten sagen: „Das Netzwerk des Terrors ist nicht abhängig von einzelnen Personen wie bin Laden, sondern von einer „Geisteshaltung“, die ihre Ideen weitergibt.“ Hier wird wieder bestätigt, daß die Betrachtung isolierter Prozesse (z.B. Taliban absetzen, bin Laden liquidieren = alles wieder gut) keine Lösung bringen kann. Wir brauchen

neue Ideen und keine neuen Waffen!

Deshalb darf der 11. September 2001 nicht auch noch eine Enttabuisierung militärischer Einsätze für Deutschland manifestieren! Krieg schafft keinen Frieden. Das „uneingeschränkte Zusammenhalten“, das „Eintreten füreinander“, die „gegenseitige Unterstützung“ - also jene Handlungsabsichten, die ein Lexikon als Solidarität beschreibt, fordern gebetsartig wiederholend auch die Regierenden in unserem Lande und meinen damit nicht Solidarität mit den Millionen von Arbeitslosen, sondern die militärische Unterstützung der US-Streitkräfte. Wir brauchen aber eine zivile und keine militärische Solidarität - eine Solidarität mit allen Opfern!

-bm



IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krahnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Insel der Glückseligen“

Zur Gleichzeitigkeit von „Großer“ Krise und Wirtschaftsboom

Wir leben mal wieder in aufregenden Zeiten. Während rund um den Globus die politischen und militärischen Proteste und „Konflikte“ eskalieren, immer mehr Länder in den Strudel von wirtschaftlichem Desaster und Aufstand der Massen gerissen, weltweit die Karten neu gemischt werden, Finanz- und Schuldenkrise in aller Munde ist, beherrscht in einigen aufstrebenden Staaten - den Weltmarktgewinnern wie Brasilien oder Indien, von China ganz zu schweigen - wachsender Wohlstand und Wirtschaftsaufschwung die Szenerie. Unter den führenden Mächten steht ein Land, auch wenn viele dies nicht wahrhaben wollen oder können, da ihre Lage alles andere als vorteilhaft ist, auf der Sonnenseite. Von unserem

Deutschland ist die Rede, wo die weltweite anhaltende Weltwirtschaftskrise nicht nur schnell überwunden werden konnte, sondern wo seit 2010 ein mehrere Quartale anhaltender Boom tobt. Alle möglichen Wirtschaftsindikatoren weisen ein nachhaltiges(?) Wachstum wie seit Jahrzehnten nicht mehr aus. Deutschland ist der Konjunkturmotor in Europa und die Stellung Deutschlands unter den führenden Wirtschaftsationen könnte nicht besser sein. Wie vor über 50 Jahren in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ sind „wir wieder wer“! Versinken immer mehr Staaten, nicht nur an der Peripherie in Europa, dank immenser Staatsverschuldung in der Finanzkrise (vgl. die Probleme in den USA und Japan), so

scheint der Gewinner dieses Deutschland zu sein, was sich anschickt, die Reichtumsquellen vieler Länder zu beherrschen.

Ganz anders sieht es aus, betrachtet man die Lage der subalternen Klassen und Schichten. Zwar gibt es auch eine erkleckliche Anzahl von Lohnabhängigen, die vom Aufschwung des Kapitals mitprofitieren (z.B. die Beschäftigten in den Großkonzernen der Industrie), deren Löhne deutlich steigen, aber Millionen Werktätige sind vom „Aufschwung“ ausgeschlossen, von der wachsenden Unterschicht aus „Pauperismus“ (Marx), Deklassierten, Hartz-IV-Empfänger, Arbeitslosen, Gering- und Durchschnittsverdienern ganz zu schweigen. Hier breitet sich zunehmende Not aus,

trotz der sinkenden Preise für viele „durable goods“ bei Aldi und Co. So beträgt die Renten„erhöhung“ in diesem Jahr stolze 0,99 Prozent, während offiziell die Gesamtpreise im ersten Halbjahr 2011 um über zwei Prozent steigen (bei Nahrungsmitteln liegt die Inflationsrate eher bei sieben Prozent!).

Fazit: Wer zu den „Glückseligen“ gehört, entscheiden nicht nur die Menschen selber, sondern die gesellschaftlichen „Verhältnisse“, sprich das Kapitalverhältnis und die Wertungslogik bestimmen letztendlich über das Schicksal der „einfachen Leute“ nicht nur bei uns. Wer, mal Hand aufs Herz, wäre heutzutage schon gerne ein Grieche?

Karl Wild, Potsdam

Familienfest mit gutem Mix

„DIE LINKE.Potsdam lädt zu einem abwechslungsreichen Familienfest ein, das in besonderer Weise die Ernsthaftigkeit der Stadt- und Landespolitik mit der Leichtigkeit von Kunst und Kultur verbindet“, so rief der Kreisvorsitzende der LINKEN.Potsdam die BürgerInnen auf, am letzten Sonntag im August zum traditionellen Sommerfest seiner Partei zu kommen. Und das war und ist der Mix, der viele PotsdamerInnen jedes Mal anlockt: Viele Informationen aus dem politischen Alltag in und rund um unsere Stadt sowie Musik, Spaß und Unterhaltung. So war es auch beim mittlerweile 22. Sommerfest der LINKEN im Lustgarten, das rund 7.000 BürgerInnen besuchten.

Mit dabei Minister und Abgeordnete des Landes, der Stadt und natürlich viele Vertreter von Bürgerinitiativen. In drei Talkrunden kamen viele interessante Informationen über die Bühne. Im Talk zur Landespolitik standen die LINKEN-Minister Anita Tack und Volkmarschöneburg Rede und Antwort. Fraktionschefin Kerstin Kaiser sprach zur Arbeit der Fraktion und der designierte Landesvorsitzende, Stephan Ludwig, stellte sich vor.

Bürgerbeteiligung stand in den

beiden anderen Talkrunden im Mittelpunkt. Hier werteten der LINKEN-Kreisvorsitzende Sascha Krämer, das Kreisvorstandsmitglied Moritz Kirchner sowie Kay-Uwe Kärsten, Sprecher der Bürgerkooperation, die Bürgerbefragung der LINKEN aus (siehe S. 1). Und schließlich ging es ganz konkret um Stadtpolitik und speziell auch zum Problem Brauhausberg im Talk mit Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Scharfenberg und der Sprecherin der BI „Pro-Brauhausberg“, Daniela Kriegbaum (siehe auch S. 7 und 8).



Mit frechen Liedern: Leierkastenfrau Carmen Viola Edel.



Gespräch am Rande: Scharfenberg mit dem Vorsitzenden des Tierschutzvereins, Niklas Wanke.



Auf ein Wort, Frau Ministerin – Anita Tack ist gefragte Gesprächspartnerin.



Talk zur Landespolitik

Wir wollen mehr als nur „kosmetische Korrekturen“

Moritz Kirchner, Kreisvorstand DIE LINKE: „Dem Programmwurf zustimmen!“

Die Arbeit „hinter den Kulissen“ der Programmkommission war sicher anstrengend, aber sie hat sich gelohnt, denn der vorliegende Programmwurf ist deutlich gelungener und ausgewogener, als es alle vorherigen Versuche und auch Versatzstücke waren. Die große Stärke des Programmwurfs ist es, das Konzept des „Demokratischen Sozialismus“ endlich einmal konkret und anschaulich zu machen und damit nicht nur ein gesellschaftliches Ziel zu vermitteln, sondern sogar eine faktische Leerstelle der politischen Theorie zu füllen. Schon bei der uns definierenden Wertebasis zeigt sich, dass unsere politische Stärke darin besteht, mehr zu wollen als nur kosmetische Korrekturen. Während den Sozialdemokraten als Wertebasis seit dem Godesberger Programmwurf Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit reichen, fügen wir dem Gleichheit, Frieden und Nachhaltigkeit hinzu. Zudem sprechen wir in unserer Analyse der Ist-Situation die Dinge klar aus: Es gibt die dem

Kapitalismus innewohnende Tendenz, dass alles zur handelbaren Ware wird, dass die Art und Weise des Wirtschaftens vorwiegend den Konzernen, den Bestverdienenden und den Banken nützt und dass der Kapitalismus keine Antwort auf die zentralen Zukunftsfragen wie den Klimawandel oder die sich weitende soziale Schere hat. Oder, wie es der slowenische Philosoph Slavoj Žižek ausdrückt: Die wahren Utopisten sind die, die glauben, dass es immer so weitergeht.

Natürlich ist die Schlussfolgerung, dass eine Pluralität der Eigentumsformen und eine Stärkung des Genossenschaftswesens sinnvoll ist, absolut zu teilen. Aber gerade die Verstaatlichung der Großbanken als Lösung ist unterkomplex gedacht, denn auch und gerade die Landesbanken haben kräftig mitgezockt, und einige von Ihnen sind zurecht untergegangen. Nicht nur die Eigentumsform, sondern die konkrete Vertrags- und Anreizgestaltung ist wichtig.

Bei der Beschreibung der sozia-

len Ausschlussmechanismen und Benachteiligungen in unserer Gesellschaft zeigt der Programmwurf deutlich, wogegen wir als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten stehen. Und gerade den Wert der Selbstbestimmung in vielen Facetten wieder hervorzuheben, knüpft an produktive Programmatiken der alten PDS an.

Persönlich glaube ich, dass der Teil zur Außenpolitik die widersprüchliche Achillesferse des Programmwurfes ist. Natürlich ist weltweiter Frieden anzustreben, sind Waffenexporte zu verbieten, müssen internationale Institutionen auf Frieden und Kooperation programmiert werden. Das heißt, in der Zielstellung bin ich völlig konform. Nur glaube ich nicht, dass die postulierten Mittel dazu geeignet sind. Natürlich werden Kriege meist aus ökonomischen Gründen geführt, aber eben nicht nur. Und wenn jemand von sich aus Aggression einsetzt, dann kann eine vorab klare Nichteinmischung dazu führen, dass genau

das aggressive Verhalten verstärkt wird, da es somit erfolgsversprechender zu sein. Gerade die Ablehnung von Einsätzen mit UN-Mandat liefe darauf hinaus, dass wir bei Völkermorden tatenlos zusehen. Dies wiederum ist inkonsequent, wenn man sich den Schutz der Würde als Ziel setzt. Persönlich hätte ich dann auf jeden Fall Probleme, immer noch auf dem Parteitag zu singen: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Es geht nicht nur darum, prinzipiell gegen Krieg zu sein, sondern auch effektiv.

Trotz dieser Schwachstellen ist der Programmwurf eine motivierende Lektüre, die klar macht, warum gerade auch junge Menschen sich bei der LINKEN engagieren sollten. Er zeigt auf, dass der entfesselte, permanent krisenhafte Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann und darf. Und dass bis zu unserem programmatischen Zielpunkt noch jede Menge Arbeit vor uns liegt. Dem vorliegenden Programmwurf ist dringend zuzustimmen.

Online-Umfrage

Auf unsere August-Frage

„Soll öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert werden?“

antworteten **8,3 %** mit Ja **88,9 %** Nein sowie **2,8 %** weiß nicht.

Unsere Frage für den September lautet:

„Hat eine derartige Beachtung durch öffentlich-rechtliche Medien für eine Hohenzollernhochzeit ihre Berechtigung?“

Stimmen Sie ab unter www.dielinke-potsdam.de

Bürgerhaushalt 2012 – letzte Abstimmungsphase gestartet

Noch bis zum 9. Oktober 2011 können alle Potsdamerinnen und Potsdamer ihr Votum für die wichtigsten Bürgervorschläge zum Stadttat 2012 abgeben. Die diesjährig zur Abstimmung stehende „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ mit 41 Bürgerideen reicht von der konkreten Forderung nach mehr Sauberkeit bis hin zu zukunftsweisenden städtebaulichen Themen wie der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg.

Die Liste der Vorschläge liegt im Bürgerservice im Stadthaus Potsdam aus und ist unter www.potsdam.de/buergerhaushalt abrufbar. Abstimmungsberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger, die mindestens 14 Jahre alt sind und ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in Potsdam haben. Pro Person dürfen dabei maximal fünf Punkte vergeben werden. Teilnahmebedingungen, alle eingebrachten Vorschläge und aktuelle Termine online unter: www.potsdam.de/buergerhaushalt.

Nürnberger Prozess

Herbst 1946

Die Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof sowie zwölf weitere so genannte Nachfolge-Prozesse vor einem amerikanischen Militärgerichtshof werden als Nürnberger Prozesse, nach dem Ort der Verhandlungen, bezeichnet. Sie fanden zwischen dem 20. November 1945 und dem 14. April 1949 statt. Erstmals in der Menschheitsgeschichte wurden Kriegsverbrecher vor ein internationales Gericht gestellt und verurteilt.

Um rechtskräftig handeln zu können, gab sich der Militärgerichtshof am 08. August 1945 ein Statut, in dem es u.a. im Artikel 6 hieß:

„Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das

Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Teilnehmer, die am Entwurf oder der Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendeiner Person in Ausführung eines solchen Planes begangen worden ist.“

U.a. wurden angeklagt und verurteilt:

Hermann Göring, Reichsminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe - Todesstrafe
Hans Frank, Generalgouverneur in Polen - Todesstrafe
Wilhelm Frick, Reichsinnenminister - Todesstrafe
Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht - Todesstrafe
Rudolf Heß, Stellvertreter Hitlers - lebenslängliche Haft
Walter Funk, Präsident der Deutschen Reichsbank - lebenslängliche Haft

Albert Speer, Reichsminister für Bewaffnung und Munition - 20 Jahre Haft

Baldur von Schirach, Reichsjugendführer und Gauleiter von Wien - 20 Jahre Haft

Karl Dönitz, Großadmiral - 10 Jahre Haft

Franz v. Papen, Vizekanzler im ersten Kabinett Hitlers - Freispruch

Am 01. Oktober 1946 wurden die Urteile in einer öffentlichen Sitzung verkündet.

Am 02. Oktober 1946 brachte Franz Moericke, 1. Vorsitzender des

Provinzialvorstandes Brandenburg des FDGB, in einer Rundfunksprache des Landessenders Brandenburg die Empörung der Gewerkschafter über die niedrigen Strafen bzw. Freisprüche im Nürnberger Prozess zum Ausdruck. Er stützte sich auch auf eine Resolution der Werktätigen der Fa. Orenstein & Koppel; in der es hieß: „Wir fordern Verurteilung aller Kriegsverbrecher [...] Wir werden nicht eher ruhen, als bis alle Kriegsverbrechen gesühnt und Ruhe und Frieden in Deutschland gesichert sind.“ -rt



„...bis zum siegreichen Ende“

September 1951

Niemand wird in Abrede stellen können, dass der Antifaschismus fester Bestandteil der DDR-Staatsdoktrin von Anbeginn an war. Dieses Bekenntnis teilten die Bürger, denn vielfach eigene Lebenserfahrung belegten den menschenfeindlichen Charakter des Faschismus.

So war es auch während der Gedenk- und Friedenswoche der Opfer des Faschismus vom 03. - 09. September 1951 in Potsdam. Abschluss und Höhepunkt bildete eine Großkundgebung unter der Losung „Der Tod der ermordeten Widerstandskämpfer ist uns ein Vermächtnis, den Kampf gegen

Krieg und Faschismus bis zum siegreichen Ende zu führen!“. Tausende nahmen daran teil.

Doch die Teilnehmer beschränkten sich nicht nur auf das Gedenken, sondern stellten sich auch aktuellen Fragen. Sie verabschiedeten eine Resolution gegen das Verbot der Freien Deutschen Ju-

gend (FDJ), des Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der Bundesrepublik Deutschland. Alle drei Organisationen hatten sich seit ihrer Gründung zum Kampf gegen den Faschismus und für den Frieden bekannt.

„Das tapfere Schneiderlein“

September 1956

Zum Filmland DDR zählten auch die zahlreichen und - anerkanntermaßen - ausgezeichneten Kinder- und Jugendfilme. Dazu zählt auch „Das tapfere Schneiderlein“, der am 28. September 1956 seine

Premiere erlebte. Regie führte Helmut Spieß nach dem Drehbuch von Kurt Bortfeldt. Hinter der Kamera stand Robert Baberske und davor agierten u.a. Kurt Schmidtchen, Christel Bodenstein, Horst

Drinda und Wolf Kaiser. Selbst der Schriftsteller Friedrich Wolf war sich nicht zu schade, in die Rolle des Leibdieners Zimperlich zu schlüpfen.

Auch wenn die Kritik in der Zeitung „Der Morgen“ vom 02. Oktober 1956 nicht durchweg positiv ausfiel, so hat dieser Film doch Generationen von DDR-Kindern begeistert - und nicht nur die.

Blumen für den 7.000.000sten Besucher

September 1981



Der 16. September 1981 war für die Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, Schloss Cecilienhof ein besonderer Tag.

Der 7.000.000ste Besucher seit Eröffnung der Gedenkstätte konnte begrüßt werden. Es war der Po-

lizei-Obermeister Wolfgang Reinhold vom Volkspolizeikreisamt (VPKA) Nauen.

Die Direktorin der Gedenkstätte, Rosemarie Schirdewan, überreichte dem Überraschten einen Blumenstrauß.

Akzeptanz der Verschiedenheit

Graffiti-Künstler bei der Aktion „208 Meter Toleranz“ am Bauzaun des zukünftigen Landtages

Nicht die fünf sich drehenden Kräne und die bereits über den Bauzaun ragenden ersten Etagen des neuen Landtages (das einmal wie das Stadtschloss aussehen soll), fangen den Blick, sondern eben jener Bauzaun, der im August in ein 208 Meter langes Kunstwerk verwandelt worden ist. Rund 50 Sprayer aus ganz Brandenburg haben nach einem Wettbewerb des Landtages, des Finanzministeriums (als Bauherr), der Initiative Tolerantes Brandenburg, der bauausführenden „bam“ und des Stadtjugendringes Potsdam den spanplatten-braunen Sichtschutz in ein langes, buntes Graffiti über TOLERANZ verwandelt. 20 Teams waren mit ihren Vorschlägen ausgewählt worden, die ihre eigene, kreative Umsetzung des Themas auf jeweils zehn Metern gestal-

teten. Fünf von ihnen kamen zum Beispiel aus Wittenberge – vom Jugendklub „Würfel“.

Matthias Reimer, der seine ausschließlich legalen „Spuren“ bereits mehrfach in Wittenberge hinterlassen hat, war sofort bereit und bekam den künstlerischen „Hut“ auf. Er gestaltete den ersten Entwurf: „Jeweils vier Menschen verschiedener Nationalitäten und verschiedener Interessen stehen links und rechts an den Seiten des Bildes – zwischen ihnen Landschaft, die von einer Brücke überspannt wird.“ Die Brücke war eine gemeinsame Idee des Teams, das durch Christof Rohde, er war als künftiger Erzieher zuvor Praktikant im „Würfel“, Sebastian Metschulat, den Schüler aus dem OSZ und Fußballer bei „Veritas“, und den Gymnasiasten Thomas Lehmann,



Das Wittenberger Sprayer-Team des Jugendklubs „Würfel“.

der auch ein „begnadeter BMXer“ ist, vervollkommen wurde.

Schon am Nachmittag des ersten Tages hatte Matthias Reimer die Konturen vorgemalt, dann ging es an den alles überspannenden blauen Himmel und das Ausmalen

der Flächen. Richtige Sprayer sprayen nicht, sie malen – denn Sprayer sind Künstler. 40 Farbdosen hatte jedes Team nach vorheriger Farbauswahl zur Verfügung gestellt bekommen und mehrere Sätze verschiedener Sprühdüsen. 20 Qua-

dratmeter Fläche zu besprühen, ist auch schlauchende Arbeit – zumal bei bestem Strandwetter und ohne Sonnenschutz.

Und die Kunst wird gewürdigt. An der zugelosten, gut sichtbaren Fläche mitten im „bunten Band“ blieben die Passanten stehen, verstanden die Klarheit der Aussage – auch die „Offiziellen“, wie Finanzminister Helmut Markov (als Bauherr des Landtages) und der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs waren bei ihren Rundgängen begeistert: Es sei die „sympathischste Werbung“ für den umstrittenen Landtags-Neubau in Schlossfassade, in dessen Vorfeld nicht gerade Toleranz die Diskussion bestimmte. „Menschen verschiedener Ansichten, Herkunft, verschiedener Kulturen, Interessen und Geschlechter zu akzeptieren, war unser Anliegen“, erklärte Christof Rohde.

Das 208 Meter lange Graffiti soll auch nach dem Abbau des Bauzaunes erhalten bleiben, versprach der Potsdamer Oberbürgermeister. *Text/Foto: Rainer Dyk*

Ein Teilhabeplan für Potsdam – ein Quantensprung

Potsdam ist im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Potsdam, darin enthalten die Erarbeitung eines Teilhabeplanes für alle Bereiche des Lebens, auf einem guten Weg. Dank des Antrages der LINKEn, einen solchen Plan bis zum Ende des Jahres 2011 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, hat sich eine Steuerungsgruppe beim Behindertenbeauftragten zusammengefunden, um diese mühsame Arbeit zu koordinieren.

Die eigentliche Arbeit findet in 6 Arbeitsgruppen statt, wo sich über den Kreis von Betroffenen auch Menschen ohne Behinderungen mit einbringen. Ein Quantensprung, der nur zu begrüßen ist.

Die Finanzierung für die nächsten zwei Jahre ist Dank der Vehemenz des Beauftragten gesichert. Selbst eine bereits mit der Erstellung des Teilhabeplanes einsetzende Evaluierung durch einen externen Partner, wurde durch die Steuerungsgruppe am 17. August diskutiert und als unterstützenswert betrachtet. Die Ausschreibungskriterien sind gemeinsam mit dem Rechtsamt der Stadt, Herrn Häschel, und den Vertretern der Steuerungsgruppe festgelegt.

Am weitesten in Ihrer Arbeit ist die Arbeitsgruppe „Barrierefreie Umwelt und Wohnen“. Sie haben bereits Ziele für ihre Arbeit formuliert, die als Grundlage für konkret zu fassende Maßnahmen dienen. Sicher, die eine oder andere Über-

legung wird dem Rotstift zum Opfer fallen. Jedoch zeigt sich allein für diesen Teilnehmerkreis, dass fachübergreifendes Denken eine notwendige Voraussetzung für die Arbeit aller sein muss. Wieder ein Quantensprung!

Auch im Land Brandenburg wird gearbeitet. Der zuständige Landesbehindertenbeauftragte, leider nur beim Sozialministerium verankert, wird über den zuständigen Minister, dem Kabinett demnächst eine Vorlage zuleiten. Im November oder Dezember soll der Landtag eine Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes einschließlich eines Maßnahmenplanes verabschieden. Noch sind einige Stolperfallen auf dem Weg bis zum Dezember 2011 nicht auszuschließen. Hochinter-

essant wird auf jeden Fall, wie sich das Land hinsichtlich einer Beteiligung bei der Finanzierung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene – also auch für Potsdam – verhalten wird. Ob wir auch hier einen Quantensprung erwarten dürfen? Wir sind, wie eingangs festgestellt, auf einem guten Weg. Immer darauf bedacht, für alle Menschen Gruppen Voraussetzungen zu schaffen, die ihnen in jeder Lebenssituation ein gleichberechtigtes und unabhängiges Dasein ermöglichen. Dafür haben wir uns politisch eingesetzt und dafür werden wir jeden Tag neu auch mit leider noch vorhandenen Betonköpfen streiten.

*Jana Schulze
Mitglied der Steuerungsgruppe
„Teilhabeplan Potsdam“*

Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Potsdamer Teilhabeplanes:

AG Bildung - Kitas und Schulen
AG Umwelt und Wohnen
AG Arbeit und Beschäftigung
AG Kultur, Freizeit und Sport
AG Soziale Sicherheit und Teilhabe

Zielvorstellungen der AG Umwelt und Wohnen:

Allgemeine Maßnahmen zur Sensibilisierung und Motivation / Bewusstseinsbildung der Notwendigkeiten für Menschen mit Behinderungen
konsequentes barrierefreies Planen und Bauen
konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit im Denkmalschutz
ausreichender und bezahlbarer barrierefreier Wohnraum im Neubau und im Bestand
Barrierefreier ÖPNV
barrierefreies Gesundheitssystem/Praxen
Instrument der Zielvereinbarungen befördern (Tourismus/Stadtmarketing)

13. August 1961 – Anfang vom Ende der DDR

Zur Errichtung der Berliner Mauer, die vor 50 Jahren begann, erklären die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser, und der Vorsitzende des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE, Thomas Nord:

Am 13. August 1961 wurde die Staatsgrenze der DDR auch in und um Berlin geschlossen. Damit wurde die deutsche Teilung zementiert. Nach innen begann der Ausbau einer geschlossenen Gesellschaft. Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat die Deutschen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region so traumatisch und nachhaltig begleitet wie

dieses. Den 13. August 1961 aus der Geschichte zu erklären, heißt für uns nicht, die Mauer politisch oder moralisch zu rechtfertigen. Jedes Todesopfer war eines zu viel.

Internationale Konflikteindämmung und Machterhalt der SED-Führung erfolgten auf Kosten der Freiheit der Bevölkerung der DDR. Der Mauerbau markierte den Anfang vom Ende einer Parteidiktatur und eines Gesellschaftsmodells, das sozialer Sicherheit einen hohen Stellenwert zugeschrieben hatte, diesen Anspruch aber nicht mit Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verband – und genau daran letztlich scheiterte.

Die Errichtung der Berliner Mauer eröffnete keinen Weg, um die Existenz der DDR dauerhaft zu retten. Als demokratische LINKE und mit dem Blick auf das Scheitern des Staatssozialismus können wir die damals gewählten Mittel erst recht nicht rechtfertigen. Die Logik des Kalten Krieges ist nicht die Logik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Und der Preis für diesen Rettungsversuch war eben die endlos aufgeschobene und nie eingelöste Demokratisierung der Gesellschaft, die Akzeptanz und Gewöhnung an beachtliche Einschränkungen individueller Freiheitsrechte. Freiheit und Selbstbestimmung

aber sind Grundwerte, die 1989 von der Mehrheit der Bevölkerung errungen wurden. Sie zu verteidigen, ist ein bleibender Auftrag. Dies widerspiegelt sich in der Verfassung Brandenburgs, daran arbeiten alle Landesregierungen und alle demokratischen Kräfte seit Wiedererrichtung des Landes. Die rot-rote Koalition sieht sich dem in besonderer Weise verpflichtet. Sie hat dies bereits im Koalitionsvertrag deutlich gemacht. Die organische Verbindung von individuellen Freiheitsrechten und sozialen Menschenrechten sind Anspruch und Zielrichtung unserer Politik von Gemeinsinn und Erneuerung.

Stadtverordnete beschlossen langfristigen Erhalt der Sporthalle

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschloss die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vor der Sommerpause, dass die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee langfristig zu erhalten oder durch einen gleichwertigen Neubau zu ersetzen ist. Möglich wurde dieser Beschluss, weil die seit längerem von der Verwaltungsspitze verfolgte Verlagerung der Tennisanlage Rot-Weiß offensichtlich gescheitert ist. Damit sollte das ganze Areal einschließlich Sporthalle für den Wohnungsbau frei gemacht werden. Außerdem müssen nach entsprechenden Beanstandungen in der Halle unabdingbare Sanierungsmaßnahmen im Umfang von 300.000 Euro zur Sicherung des Brandschutzes vorgenommen werden.

DIE LINKE hat sich von vornherein für den Erhalt der Sporthalle eingesetzt, da diese Sportstätte von den Vereinen auch nach der Fertigstellung der neuen großen Mehrzweckhalle im Luftschiffhafen für Wettkämpfe und für Training dringend gebraucht wird.

Nicht durchsetzen konnte sich die Linksfraktion mit der Forderung, die Sporthalle in die Sanierungsplanung aufzunehmen. Wir mussten akzeptieren, dass die Sanierungsmittel innerhalb des Planungszeitraums für andere Vorhaben gebunden sind. Aber wir bleiben dran.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Spurwechsel im Südosten – die Farbe bleibt rot

Der Ortsverband DIE LINKE. Potsdam-Süd geht neue Wege/Vorstand tagt im Cafe Exner

Im Laufe des ersten halben Jahres des Bestehens unseres Ortsverbandes haben wir uns im Vorstand ganz gut zusammengefunden, nur unsere Mitglieder, aber auch Bürgerinnen und Bürger blieben unseren Sitzungen bisher konsequent fern. Allein auf die eingeschränkte Mobilität unserer älteren GenossInnen lässt sich das wohl nicht zurückführen. Auch die jüngeren, mobileren, vor Kraft und Ideen nur so strotzenden Mitglieder, als auch unsere Stadtverordneten schauten nicht einmal versuchsweise vorbei. Es ist unbedeutend, aus welchen Gründen wir bisher nur in den Räumen der BIWA tagten. Wir mussten die Spur wechseln. Fesch und frisch, ein bisschen cool mit zeitgemäßem gastronomischen Angebot und Ambiente sollte unser neuer Vorstandstagungsort sein; selbstverständlich für jedermann offen.

Von der Leidenschaft eines Großstädtlers beseelt, ging ich im Südosten auf die Suche nach einer

passenden Lokalität. Kleinbürgerliche Wirtsstuben, viel zu früh schließende Cafés mit und ohne Tischdeckchen samt Gardinen oder Vereinshinterzimmer waren nicht nach meinem Geschmack und die

Potsdamer Mitte viel zu weit. Dann begab ich mich dorthin, wo sich immer etwas entwickeln könnte – auf Baustellen – und wurde fündig, das Café Exner (Foto) mit Kaffee-Latte-Atmosphäre im neuen Quar-



ter am Bahnhof. Inzwischen haben wir dort zwei öffentliche Vorstandssitzungen abgehalten. Verbunden mit Presseinfo's trauten sich zu uns, zuerst die Mitglieder unseres Ortsverbandes - selbst ein 92-jähriger - dann auch Bürgerinnen und Bürger, die schreibende Zunft von der Lokalpresse sowie Sprecher von Bürgerinitiativen, Leiter von Begegnungsstätten und sogar Mitglieder aus anderen Ortsverbänden, selbst unser Kreisvorsitzender.

Wir spendierten allen einen Kaffee, Cappuccino oder ein erfrischendes Getränk. Die Diskussionen - die politischen und die den Potsdamer Süden betreffenden - waren äußerst lebhaft. Selbst nach Versammlungsschluss führten mehrere Grüppchen ihren Austausch nun vor dem Café fort. Das ist doch ein Anfang - auf neuen Gleisen in andere Orte, im September dann zum Schlaatz.

Steffen Pfrogner
OV DIE LINKE. Potsdam Süd

Nahversorgung am Schilfhof sichern

Die geschlossene Kaufhalle am Schilfhof sollte eigentlich nur ein vorübergehender Zustand sein. Die Schlaatzter hatten sich für den Erhalt ihrer Nahversorgungseinrichtung eingesetzt und erhielten dafür starke Unterstützung aus der Stadtverordnetenversammlung, insbesondere von der LINKEN und des SPD. Die gefundene Lösung, der Bau einer kleinen Kaufhalle an gleicher Stelle, erwies sich jedoch als nicht tragfähig und der zwischen der Stadt und dem Projektentwickler abgeschlos-

sene Vertrag schien ins Leere zu gehen. Wir haben uns davon nicht beeindrucken lassen und konsequent die Einhaltung der gemachten Zusagen eingefordert. Nach längerem Hin und Her fand sich mit Herrn Hoier-Schönbeck ein Investor, der sich für eine zügige Entwicklung der alten Kaufhalle und eine Aufwertung der unterhalb der Kaufhalle gelegenen Landenzeile einsetzt. Durch unternehmerischen Einsatz, Einfallsreichtum und eine eng am Bedarf orientierte Planung, ist die Nah-

versorgungseinrichtung für den Schilfhof wieder in greifbare Nähe gerückt. Vor diesem Hintergrund gibt es jetzt Überlegungen, die die bisherigen Erwartungen deutlich übersteigen dürften. Die Tatsache, dass sich der Schlaatz als Wohngebiet stabilisiert hat, ermöglicht nicht nur den Bau einer kleinen Nahversorgung, sondern eine größere und attraktivere Lösung mit mehr Nachhaltigkeit. Dadurch kann nicht sofort mit der Realisierung begonnen werden, aber es verbindet sich damit

die berechnete Erwartung, dass die Schlaatzter in naher Zukunft wieder am Schilfhof einkaufen können, und das unter besseren Bedingungen. DIE LINKE wird dieses wichtige Vorhaben weiter aktiv begleiten und insbesondere darauf achten, dass seitens der Stadtverwaltung keine bürokratischen Hürden aufgebaut werden, sondern wirksame Unterstützung gegeben wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Stadtverordneter, Wahlkreis IV
Fraktionsvorsitzender

Kaufhalle südliche Waldstadt II - spannende Etappe

Im Juli titelten wir „So macht Stadtplanung Spaß“. Ist der Spaß nun vorbei? Zumindest ist die Etappe nach der Einwohnerversammlung mit jähren Wendungen gespickt. Es ist wie eine Ruderbootsfahrt auf einem Gebirgsfluss mit ruhigen Abschnitten, Biegungen, Seitenarmen und Stromschnellen.

Am 28.07.2011 erscholl der Ruf „Mann und Frau über Bord“. Zumindest konnten wir beruhigt feststellen, dass Herr Engels von Edeka und Frau Opitz unverletzt das rettende Ufer erreicht hatten. Frau Opitz eröffnet am 12. September 2011 im Waldstadt-Center eine Postfiliale. Somit ist klar, deren Erhalt im Stadtteil ist gesichert.

Aber wie weiter mit der Nahver-

sorgung? Mannschaftsberatung am 01.08.2011 im Stadthaus: Die Fahrt geht weiter, auch ohne Edeka und Frau Opitz. Als potenzieller Ersatz wird von verschiedener Seite „Kaiser's“ benannt. Sollte keine Kette gewonnen werden, wäre die Unternehmensgruppe Semmelhaack auch bereit, einen Tante-Emma-Laden mit einer Fläche von ca. 200 m² und einen Backwarenladen mit Café von ca. 100 m² einzurichten. Auf Anfragen zur eventuellen Einrichtung weiterer Gewerberäume hielt sich Herr Dibowski bedeckt. Eine gemeinsame Presserklärung war vorgesehen.

Es erfolgte eine öffentliche Erörterung mit Betroffenen und Interessierten. Eine Position wurde erar-

beitet und verbreitet. Stille! Auf Nachfrage proklamierte die Stadtverwaltung am 12.08.2011 ein „abruptes Ende“ der konstruktiv-sachorientierten Erörterung. Nanu, was war passiert? Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Bauordnung, warf der BI die Aufstellung eines „apodiktischen Forderungskataloges aus der Sicht der Bürgerinitiative“ und damit einen Wandel vom Dialog zur „konfrontativen Ausprägung“ vor. Folglich sei die Stadtverwaltung genötigt, das Steuer allein zu übernehmen.

Oje, so offenbart sich wieder das Grundproblem der Stadtverwaltung: Wie hält man es mit der Berücksichtigung von Einwohnerinteressen? Ob Wünsche respektiert werden

oder als „apodiktischer Forderungskatalog“ verunglimpft werden, ist eine Frage der Haltung.

Wenn die Stadtverwaltung und die Unternehmensgruppe meinen, unter Ausschaltung der BI die Projektentwicklung durchzuziehen, so geben wir zu bedenken, dass wir die Ruder nicht aus der Hand legen. Mit diesen können wir die Fahrt befördern oder bei Gefahr bremsen oder Einfluss auf die Richtung nehmen. Unser partnerschaftliches Angebot besteht weiter. Wer das Angebot zurückweist, provoziert Widerstand! Fortsetzung folgt.

Steffen Pfrogner +
Dittmar Zengerling
BI Pro-Nahversorgung
Zum Teufelssee 8

GRÜN am Schlaatz

„Willst du einen Tag glücklich sein, trinke. Willst du ein Jahr glücklich sein, heirate. Willst du aber ein Leben lang glücklich sein, schaffe dir einen Garten.“ So lautet ein weises Wort. Der Brandenburgische Kulturbund e.V. betreibt seit vielen Jahren den Integrations- und Schulgarten am Schlaatz, trotz acht Anschlägen haben wir die Arbeit nie aufgegeben sondern gemeinsam das Projekt immer weiter ausgebaut. Die AG Schulgarten lädt regelmäßig in die Wunderwelt der Natur ein, denn es gibt immer viel zu entdecken, auszuprobieren und zu beachten. Welche Tiere leben im Garten, und was machen sie dort? Es werden eigene Teekreationen zusammengestellt und leckere Rezepte ausprobiert, das gemeinsame Kochen am offenen Feuer ist jedes Mal ein großes Erlebnis und wir bieten diese Erlebniswelt auch gern den KITAs an. Da wir immerhin Fami-

lien aus 13 Nationen im Garten vereinen bietet sich auch die Möglichkeit über die Herkunftsländer viel zu erfahren, das ungarische Fest ist sicher noch in Erinnerung und so etwas kann auch mit anderen Ländern gestaltet werden. So konnten wir 2010 vor dem Garten auf der Streuobstwiese einen öffentlichen Naschgarten und einen zweiten Pfad der Sinne anlegen und in der Schlaatzter Allianz für den Beginn eines Gartens am Asylbewerberheim sorgen. Dort wurde auch ein Einsatz der Mobilen Druckwerkstatt durchgeführt und mit den Kindern gearbeitet. Die Arbeit im Garten wird betreut von Frau Juliane Nitsche und Frau Marlene Eilers-Binsau, die gern Anregungen und Ideen entgegennehmen.

So suchen wir auch Bürger, die bereit wären, den öffentlichen Bereich mitzupflegen. Im Garten werden Projektideen umgesetzt



und wir bieten auf Anfrage die Nutzung des Lehmbackofens an. Große Hilfe leisten auch die im Garten tätigen 1-Euro-Jobber, die uns in der Projektarbeit unterstützen und eine Stelle aus dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ wurde für den Garten ebenfalls bewilligt. Am 18. Juni hatten wir uns mit einem Stand am Stadtteilstfest beteiligt und eine große

Auswahl der im Kreativbereich entstandenen Gegenstände zum Verkauf angeboten. Mit dem Erlös werden die Kinderprojekte im Garten unterstützt.

Brandenburgischer Kulturbund e.V.
Charlottenstraße 31, 14467 Potsdam,
Tel.: 0331/291570 Fax: 0331/2007648
Carla.villwock@kulturbund.de

Podium für Verbraucher

Mehr als ein Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher Brandenburgs wünschen sich eine Stärkung der Verbraucherrechte. Kurz vor der Halbzeit eines Internet-Forums des Verbraucherschutzministeriums lassen sich erste Trends ablesen, wo die Verbraucherinnen und Verbraucher im Land Brandenburg der Schuh drückt. Hintergrund ist eine Umfrage, in der sie aufgerufen sind, über ihre alltäglichen Erfahrungen in Sachen Verbraucherschutz Auskunft zu geben. Brandenburg erarbeitet gegenwärtig eine nachhaltige verbraucherpolitische Strategie. Einen ersten Entwurf hat das Ministerium vor vier Wochen im Internet zur Diskussion gestellt. „Wir alle sind täglich auf vielen Märkten als Verbraucher unterwegs. Wir kaufen Produkte und nehmen Dienstleistungen in Anspruch. Mitunter fühlen wir uns dabei nicht gut genug informiert oder auch ungenügend geschützt. Was wir brauchen, ist eine kluge, problemorientierte Verbraucherpolitik. Deshalb wollen wir die künftige Ausrichtung der Verbraucherpolitik bereits in der Erarbeitung mit vielen Bürgerinnen und Bürgern diskutieren“, sagt Verbraucherschutzministerin Anita Tack (LINKE).

Trotz Urlaubszeit haben sich bisher mehr als 3.100 Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Seite www.mugv.de informiert. Mehr als 280 haben sich bisher an der Umfrage beteiligt. Die Internet-Konsultation läuft noch bis zum 19. September.

Intransparenz geht weiter?!

Nach Redaktionsschluss: Mysteriöses Gutachten zur Schwimmhalle/Presserklärung der Bürgerinitiative

Der geneigte Bürger Potsdams soll also ein passanter Kenntnis nehmen, dass eine möglicherweise anstehende Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg nunmehr mindestens 13 Mio. Euro kostet.

Selbstverständlich durch ein Gutachterbüro, das auf Schwimmhallen spezialisiert ist und durch die Stadtwerke Potsdam (SWP) beauftragt wurde.

Verschwiegen wird wieder einmal (!) das gutachterliche Votum im Auftrag der SWP angefertigt hat und auf welchen Grundlagen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt...!

Erinnert sei an die Einlassungen zur Schwimmhalle am Brauhausberg von Herrn Pfaffhausen und Herrn Böhme am 03.05.2011. Beides auch

Ingenieure und ausgewiesene Kenner ihres Fachs und der Materie. Warum haben die Herren Pfaffhausen und Böhme also nicht spätestens am 03.05.2011 die 9 Mio. Euro aus 2008, anstatt der 5 Mio. Euro benannt? Die Preissteigerung von 5 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro beträgt damit sage und schreibe sogar 160 %.

Mit der Steigerung der Baupreise von 2008 bis 2011 sind die 13 Mio. Euro nicht zu erklären, denn die liegen trotz gestiegener ENEV-Forderungen, allgemeiner Baupreiserhöhung und HOAI-Reform nicht bei ca. 45 % selbst wenn man von den eingeredeten 9 Mio. Euro aus 2008 ausgeht.

Denn, wenn die Schwimmhalle am Brauhausberg sogar entkernt werden soll oder muss, dann sind

sicherlich sorgfältige Untersuchungen der Bausubstanz der Schwimmhalle, in Verbindung mit der Entnahme von Bohrkernen aus den Becken, der Umgangsbereiche, des Hochbauteiles und der Gründungskonstruktion erfolgt. Die Protokolle der Bohrkerns müssen vorliegen. Andernfalls wäre es auch unseriös Betonschäden zu diagnostizieren, die „... voraussichtlich eine vollständige Entkernung...“ der Halle nötig machen. (MAZ 26.08.2011)

Verwunderlich bleibt in diesem Zusammenhang auch, dass der Stadtverordnete Peter Lehmann (CDU) auf der Sitzung des Bauausschusses vom 23.08.2011 bekannt gab, das Gutachten zur Schwimmhalle am Brauhausberg mit dem Er-

gebnis von 13 Mio. Euro bereits gesehen zu haben, aber nichts dazu sagen zu dürfen. Warum dann die Einlassung von Dipl.-Bauing. Peter Lehmann vor dem Bauausschuss?

Es kann also folglich nur im Interesse der Stadt Potsdam und der SWP sein, alle Unterlagen zur Schwimmhalle am Brauhausberg vollständig der Öffentlichkeit zu präsentieren. Aus Sicht der Stadtverwaltung soll die Schwimmhalle am Brauhausberg abgerissen werden. Da bedarf es schon aus diesem Grund keiner Geheimnisse mehr. Also die Karten auf den Tisch und nicht geblufft.

Verloren gegangenes Vertrauen kann nur durch Transparenz und Offenheit wieder entstehen und nicht durch Verklagen von Bürgern!

Was gibt es Neues?

Aktuelle Informationen der Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“

Die Highlights sind der von uns eingereichte Denkmalantrag für Minsk und Schwimmhalle am Brauhausberg. Die „kleinen“ Angestellten der Denkmalämter stimmen uns (inoffiziell) zu. Das Landesdenkmalamt arbeitet nun fleißig daran.

Wir denken, dass es eine politische Entscheidung sein wird, hoffen aber, dass die Denkmalbehörde frei entscheiden darf. Der Denkmalantrag kann auf unserer Webseite heruntergeladen werden.

Herr Klipp hat gegen unseren Sprecher Thomas Hintze eine Unterlassungsklage mit einem Streitwert von 10.000 Euro beim Landgericht Berlin

eingereicht. Wir fragen wir uns aber, wieso er als Baubeigeordneter von Potsdam in Berlin klagt. Das Rechtsamt der Stadt müsste doch wohl in Potsdam klagen?

Dann haben wir den Verein Pro-Brauhausberg gegründet, da die Themen, mit denen wir uns beschäftigen immer umfangreicher geworden sind. Im Januar 2011 sind wir ursprünglich „nur“ gegen die 5- bis 6geschossige Bebauung des Brauhausberges angetreten. Inzwischen haben wir ein riesiges Wissen angehäuft. So geht es inzwischen um städtebauliche Entwicklung, Naturschutz (Mausohr und Mittelspecht), Ostmoderne

(Minsk und Schwimmhalle), betriebswirtschaftliche Planungen und Überlegungen/ Berechnungen zum Badneubau, Bürgerbeteiligung, Heimatforschung etc. Am meisten erschrocken waren wir darüber, wie man in Potsdam mit dem Bürger von Seiten der Politik umgeht. Steht die Bürgerkommune Potsdam 2012 nur auf dem Papier?

Wir haben mit fast allen Parteien und Fraktionen gesprochen. Die Inhalte und Überraschungen können über Twitter und facebook verfolgt werden.

Was ist geplant? Für den Herbst planen wir noch eine Demo vor der

Schwimmhalle. Da sich die Flächen immer noch im Eigentum der Stadtwerke befinden, wissen wir nicht, ob unsere Demo hier genehmigt wird. Wir arbeiten daran.

Geplant ist einen Ideenwettbewerb für den Brauhausberg durchzuführen, an dem sich möglichst viele Bürger beteiligen sollen. Weiterhin wollen wir eine Talkrunde mit bekannten Lokalpolitiker und Fachleuten durchführen. Hier sollen die Bürger die Möglichkeit bekommen, die Politiker unterschiedlicher Parteien direkt zu fragen und ihre Meinung zu bekunden. Wir wünschen uns einen regen Dialog.
Thomas Hintze

Brauhausberg erhalten und Minsk sanieren, statt Geld verschleudern

Die Geschichte des Schwimmbadneubaus als Geschichte steigender Kosten hat ein neues Kapitel hinzugewonnen. Die Kostensteigerungen des Schwimmbadprojektes im Bornstedter Feld wächen das Argument der Wirtschaftlichkeit enorm. Wir als Ortsverband Potsdamer Mitte fordern daher, dass der akzeptierte, gut erreichbare und einfach zur Stadt gehörende Schwimmbadstandort am Brauhausberg erhalten wird. Der Ortsverbandsvorsitzende Moritz Kirchner erklärt hierzu: „Es spricht nichts dagegen, perspektivisch in einigen Jahren in Bornstedt einen neuen Standort mit einem vernünftigen Kostenkonzept zu errichten. Dieses Wohngebiet, in dem zukünftig immer mehr Potsdamerinnen und Potsdamer wohnen werden, muss natürlich infrastrukturell entwickelt werden. Dies darf jedoch jetzt nicht zulasten des bereits etablierten Schwimmbadstandortes gehen und die gegebene Situation in der Stadt verschlechtern. Schon jetzt sind die Schwimmbäder teilweise an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt, da verbietet sich ein Abriss der Schwimmhalle am Brauhausberg. Zudem kann im Zuge der Sanierung auch eine neue Nutzung des „Minsk“ vorangetrieben und somit ein schönes neues Freizeitquartier mitten in der Innenstadt errichtet werden“.

„Minsk“ und Schwimmhalle erhaltenswert

Eine Denkmalanregung des Pro-Brauhausberg e.V./Von Steffen Pfrogner

Die städtebaulichen Planungen im Bereich der Speicherstadt und des Brauhausberges in der Landeshauptstadt Potsdam nehmen zunehmend Gestalt an. Eine breite öffentliche stadtentwicklungspolitische Diskussion für dieses wichtige städtebauliche Gebiet hat es bis Anfang dieses Jahres nicht gegeben. Sie wurde bis dahin von der Stadtverwaltung weder initiiert noch befördert. In Besorgnis über die bekannt gewordenen Planungsabsichten haben sich im Januar 2011 engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg zusammengeschlossen und später den gleichnamigen Verein gegründet. Letzterer mit seinen mitwirkenden Potsdamer Stadt- und Landschaftsplanern, Architekten und Ingenieuren regte nun jüngst beim Landeskonservator Prof. Dr. Detlef Karg eine denkmalpflegerische Unterschutzstellung des 1971/1977 nach den Plänen der Architekten Karl-Heinz Birkholz und Wolfgang Müller erbauten Terrassenrestaurants „Minsk“ sowie der 1969/1971 nach den Plänen von Karl-Heinz Birkholz errichteten Schwimmhalle am Brauhausberg an. Warum das?

■ Beide Gebäude sind herausragende Zeugnisse der wenigen erhaltenen und bemerkenswerten Sonderbauten der Nachkriegsmoderne in Potsdam.

■ Die baukulturelle Bedeutung dieser Sonderbauvorhaben liegt in den seinerzeit innovativen Konstruktionen (Schwimmhalle) und in der Baukörpergestaltung, aber auch in der Klarheit in den architektonischen Ausdrucksformen der ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahre.

■ Ebenfalls von Beachtung für die baukulturelle Bewertung sind die

zeitgeschichtlichen - politischen und bauwirtschaftlichen - Voraussetzungen der ehemaligen DDR, unter denen das Terrassenrestaurant und die Schwimmhalle errichtet werden konnten.

■ Bei der Errichtung der Schwimmhalle hatten sich die Verantwortlichen ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Da jedoch das Vorhaben finanziell nicht vollständig gesichert war, traten der Rat der Stadt und des Kreises Potsdam an die Bürgerinnen und Bürger, an die Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen mit der Bitte um jegliche Unterstützung heran. Mit dieser breit eingeleiteten Unterstützung für den Bau der

Schwimmhalle entstand wohl die einzige „Volksschwimmhalle“ Deutschlands. Auch dieses sollte besonders gewürdigt werden, da hier mit ehrenamtlicher Arbeit unserer Großeltern und Eltern ein gemeinschaftlich nutzbarer Wert in Form der Schwimmhalle am Brauhausberg geschaffen worden ist.

■ Während das Terrassenrestaurant ein architektonisches Unikat des Gesellschaftsbaus der DDR-Bauwirtschaft darstellt, ist die Schwimmhalle ein standortangepasstes Wiederverwendungsprojekt, dessen erste Errichtung in Dresden erfolgte.

■ Diese Wiederholung eines Ty-

penprojekts an nur drei bzw. vier weiteren signifikanten Orten in der ehemaligen DDR schmälert nicht die baukulturelle Bedeutung. Eher ist die typologische Anwendung nur an wenigen Standorten, in ausgewählten Bezirksstädten, hervorzuheben und als zeit- und baugeschichtliches Zeugnis zu erhalten.

■ Das Terrassenrestaurant „Minsk“ und die Schwimmhalle, zwei Solitärarchitekturen, bilden - eingebettet in eine zwischenzeitlich zerstörte, jedoch nicht unwiederbringlich Landschaftsgestaltung - eine bewahrenswerte städtebauliche Einheit der Nachkriegsmoderne in Potsdam.



Am Sonnabend, 20.08.2011, war „Pro-Brauhausberg“ von 13 bis 18 Uhr mit einem eigenen Stand auf dem Sommerfest der LINKEN im Lustgarten neben anderen Bürgerinitiativen vertreten. Hier startete die BI ihren Ideenwettbewerb zum Brauhausberg und kam mit vielen Bürgern ins Gespräch. So konnte auch der Denkmalantrag eingesehen und (so lange vorrätig) mitgenommen werden. Die BI-Sprecherin Daniela Kriegbaum nahm an einer Podiumsdiskussion teil.

Das geht nur mit Herzblut!

Der Arbeitskreis Stadtentwicklung auf der Suche nach seinen Mitstreitern

Auf der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung im März dieses Jahres waren sich die Teilnehmer einig, dass ein aktiver stadtentwicklungsbezogener Wissenstransfer innerhalb und außerhalb unserer Partei von Nöten ist. Deshalb haben sie sich darauf verständigt, die verschiedenen Veranstaltungsangebote zur Stadtentwicklung wahrzunehmen und sich dort konstruktiv in die Diskussionen einzubringen. Die gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse sollten miteinander ausgetauscht, Strategien und Lösungsansätze entwickelt werden, um Fraktion und Kreisverband be-

raten zu können. Dazu sind regelmäßige Treffen, auch auf Veranstaltungen terminlich vereinbart worden. Die ehrenamtliche Mitwirkung im Arbeitskreis erfordert jedoch viel Zeit. Zeit, die wir uns alle aus unserem Selbstverständnis heraus für eine sozial und nachhaltig zu entwickelnde Landeshauptstadt Potsdam nehmen wollen. Vorhaben, Strategien und Methodik waren erarbeitet und verbreitet worden. Die Treffen fanden regelmäßig zu den abgestimmten Terminen statt, in der Fraktionsgeschäftsstelle oder auch auf stadtentwicklungspolitischen Konferenzen und Veranstaltungen. Auch

die sachkundige Bewertung der in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Beschlussvorlagen stand auf der Agenda.

Und dann? Und dann nahmen immer weniger Mitstreiter daran teil. Die Mitwirkung der Fraktion schwand fast auf einen Nullpunkt. Warum? An den Themen, der Information oder der Methodik kann es nicht gelegen haben. Die Protokolle boten alles, was das stadtplanerische Herz begehren dürfte und standen jedem zur Verfügung. Das bestätigte sich auch auf der Mitte August nun etwas zahlreicher und auch von neuen Gesichtern besuchten Arbeitskreissit-

zung. Alle versprochen Besserung. Wir werden sehen.

Politik sollte eine Herzenssache sein, Stadtentwicklungspolitik umso mehr. Genossinnen und Genossen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wenn wir etwas fachkundig bewegen wollen, dann brauchen wir mehr Mitwirkung. Potsdam und seine Stadtentwicklung braucht unser Engagement. Wir alle haben es, wir müssen es nur herauslassen - aus unserem Herzen, mit unserem Herzblut.

Steffen Pfrogner
Leiter Arbeitskreis
Stadtentwicklung

Herausforderung Europa

Die LINKE muss aktiv gestaltend für eine Änderung der derzeitigen Europapolitik eingreifen

Fällt das Wort „EU“, wird sofort an Krise, Bürokratie und scheinbar unnötige Regulierungen gedacht. Verbunden ist dies mit Unbehagen sowie Unsicherheit über EU-Politik. Zugleich aber höre ich bei meinen Besuchen im Wahlkreis – insbesondere wenn ich mit jungen Menschen über Europa spreche – Neugier, Interesse am Hinterfragen von politischen Zusammenhängen und viel EU-Selbstverständlichkeit. Wir sind halt in Europa... Reisefreiheit, internationale Austauschprogramme, die vielen durch EU-Fördermittel finanzierten Projekte



und nicht zuletzt auch die Tatsache, dass man in vielen Ländern einfach und bequem mit dem Euro bezahlen kann sind Alltagsfakten, kein europäischer Aufreger mehr. Dies zusammen ist somit gerade für die politischen Akteure – ein herausforderndes Spannungsfeld: Auf der einen Seite das positiv empfundene und erlebte Europa, auf der anderen Seite das überaus kritisch bewertete politische Europa mit komplexen Fragestellungen an wirtschafts- und währungspolitische Zusammenhänge und Hintergründe, an das Zusammenleben von 27 souveränen Staaten in einem gemeinsamen Staatenverbund. Bei diesen Fragen setzt meine Arbeit an.

Regionale und europäische Dimensionen

Siebzig Prozent der nationalen Gesetzgebung(en) haben bereits ihren Ausgangspunkt in Entscheidungen durch die EU-Institutionen. Europapolitik ist also in seiner Bedeutung kaum hoch genug zu gewichten. Die Komplexität von Entscheidungen auf EU-Ebene, von nationaler und regionaler Politik (in Deutschland auf Bundes- und Länderebenen) ist keine Europapolitik an sich, so wie dies traditionell mit dem Blick auf Außen- und Innenpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Innenpolitik oder Energiepolitik als eigenständige, abgegrenzte Politikfelder gesehen wird. Mit dem nun über 50 Jahre währenden Integrationsprozess hat heute jedes Politikfeld seine europapolitische Dimension. Genauso, wie fast jede Entscheidung

auf europäischer Ebene auch ihre regionale Dimension hat. In der LINKEN berücksichtigen wir meines Erachtens diese Zusammenhänge bisher zu wenig. Das ist dringend zu verändern, denn andernfalls laufen wir Gefahr, an den tatsächlichen politischen Prozessen vorbei zu agieren. Damit sind zwei Baustellen – an denen ich in der linken Fraktion (GUE/NGL) im Europaparlament arbeite – benannt. Es gilt, am Verändern des politischen Europas in Richtung des von uns gewollten sozialen, demokratischen, ökologisch nachhaltig wirtschaftenden und des friedlichen Europas tatkräftig mit zu tun. Und das erfordert, dass in der Partei die Bedeutung von Europapolitik stärker bewusst werden muss.

Gegen neoliberale Rezepte

Ansatzpunkte dafür gibt es genug: Unsere Kritik am Vertrag von Lissabon bleibt bestehen; trotz der großen Ankündigungen ist die EU eineinhalb Jahre nach dessen Inkrafttreten in den entscheidenden Bereichen der Wirtschafts- und Währungsunion und der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ nicht bürgernäher, nicht transparenter und nicht sozialer geworden. Im Gegenteil: Wir haben es mit einer Krise zu tun, die durch neoliberale Politik verursacht wurde und deren Überwindung am Festhalten neoliberaler Rezepte scheitert. In Griechenland, Irland und Portugal sorgen die von den Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten aufgezogenen Kürzungsmaßnahmen für eine Arbeitslosigkeit von

über 17%, für steigende Armut und unzählige Unternehmenspleiten. Aber vor allem erleben wir, wie im Zuge der Gewährung von Not-Kreditlinien eine völlige Entdemokratisierung von Entscheidungsprozessen stattfindet und die Deutsche Bank durch hohe Zinsen daran noch verdient.

Die Hoffnung vieler Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten, dass mit dem Beitritt zur EU ein Freiheits- und ein Wohlstandsgewinn einhergeht, bewahrheitet sich für immer mehr Menschen nicht. Die grassierende Jugendarbeitslosigkeit ist nur ein Beispiel dafür. In den Niederlanden, Dänemark, Ungarn, Italien, Frankreich und auch Finnland erstarken nationalistische, rechtspopulistische und auch rechtsradikale Kräfte. Und dies beschränkt sich nicht auf die konkreten politischen Akteure, sondern reicht auch weit bis in die sogenannte vierte Macht in der modernen Mediengesellschaft hinein: bis zur Rolle der Medien. Diese und viele andere Themen bewegen mich sehr und sind Grund genug, über Zusammenhänge unserer Lebensweise hier, der Entwicklung der Produktivkräfte und der realen Lebenssituation in anderen Teilen unserer Erde um neue politische Ansätze zu ringen.

„Ein anderes Europa ist möglich“

Als LINKE müssen wir den Anspruch haben, aktiv gestaltend einzugreifen wo immer wir es können, zu protestieren, wenn soziale Errungenschaften, demokratische Rechte oder der Frieden in

Gefahr sind. Aber vor allem sind wir gefordert, auch konkrete Alternativen, politische Projekte und viele zu erreichende Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Ich meine: Die bloße Ablehnung und Kritik an Politiken, die wir nicht akzeptieren können und wollen, reicht nicht mehr. Es lohnt sich dafür zu arbeiten, denn auch bei den völlig ungünstigen Mehrheitsverhältnissen für Linke im Europaparlament sind Gegensteuerungen möglich, vor allem, wenn es ein Zusammenwirken von parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften gibt. In

den letzten zwei Jahren ist es so gelungen, erfolgreich Kriterien für die weitere Ausgestaltung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Position der der einzigen direkt gewählten EU-Institution zu beschließen. In der aktuellen Auseinandersetzung um die künftige Ausgestaltung der Struktur- und Fördermittelpolitik (2014 - 2020) ist es – bisher – gelungen, den ostdeutschen Bundesländern weiterhin Platz und Raum zu erhalten, es konnten mehrere tausend Arbeitsplätze in der Solarbranche erhalten und in harten Verhandlungen dafür gesorgt werden, dass z.B. auch das ein Schritt hin zur realen Teilhabemöglichkeit von Menschen an EU-Entscheidungen darstellende neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ermöglicht und leichter durchführbar, transparenter und mit einer Anhörung der Kommission verbunden sein muss.

Ich sage deshalb mit Blick auf die Perspektive der weiteren Entwicklung der EU, die – wie wir an der Diskussion um die Griechenland-Hilfe erleben – gar nicht gesichert ist, sondern der „Einmischung“ der Bürgerinnen bedarf, ganz entschieden: Wir brauchen eine informierte, interessierte und kritische Öffentlichkeit. Wir brauchen weiterhin das enge, kritisch-konstruktive Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen, um als LINKE in und außerhalb der Parlamente für unsere Positionen zu werben und gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Ein anderes Europa ist möglich!

Helmut Scholz

Zeichen setzen gegen Welthunger

„Angesichts einer Milliarde hungernder Menschen setzt der Entwicklungsausschuss ein starkes Signal für die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung und für Ernährungssicherheit. Die Entwicklungspolitiker betonen, dass die Spekulationen mit Nahrungsmitteln die starken Preisschwankungen wesentlich verschlimmert haben. Sie fordern Kommission und Mitgliedstaaten auf, wirksam gegen Finanzspekulationen mit Getreide und Nahrungsmitteln vorzugehen“, so Gabi Zimmer, für DIE LINKE im EU-Parlament, im Juli 2011 im EU-Parlament. Zimmer hat sich dafür eingesetzt, besonders die Eindämmung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln in den Mittelpunkt zu stellen. Außerdem wird gefordert, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern effektiver zu unterstützen und den großflächigen Landerwerb durch ausländische Investoren in Entwicklungsländern stärker zu regulieren. „Vielen Kleinbauern, besonders in Afrika, wird so ihre Lebensgrundlage entzogen und das Hungerproblem wird verschärft“, so Gabi Zimmer. Die Beseitigung von Hunger und Unterernährung muss auch in der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik und in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Drittstaaten eine zentrale Rolle einnehmen. Die negativen Auswirkungen der GAP auf die weltweite Ernährungssicherheit muss mit der kommenden Reform beseitigt werden. „Das Recht auf Nahrung steht an erster Stelle. Alle Institutionen der EU und der Mitgliedstaaten müssen sich diesem Ziel verpflichten“, erklärt Zimmer. „Im September entscheidet sich, ob das EP eine wirksame Eindämmung des Hungerproblems will.“

Ökologie für alle

DIE LINKE unterstützt alle Schritte in die richtige Richtung. Sie sagt aber auch: Das gesamte Arsenal systemkonformer Öko- und Effizienzstrategien kann nur begrenzte Wirkungen haben, wenn auf den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verzichtet wird. Deshalb ist die ökologische Frage auch eine Systemfrage.

Was das bedeutet, kann an drei Thesen gezeigt werden.

Erstens: Je gerechter Einkommen, Vermögen und Arbeitszeiten verteilt sind, desto stärker wird die Bereitschaft, den ökologischen Umbau voranzutreiben.

Zweitens: Je mehr der Markt ökologisch versagt, desto stärker muss die politische Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen sein.

Daraus folgt drittens: Je stärker der öffentliche Sektor, desto größer die Chance, ökologische Politik auf direktem Weg zu verwirklichen.

Mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Lenkung von Infrastrukturen und ein handlungsfähiger öffentlicher Sektor – diese drei Grundsätze sind für Linke unverzichtbar. Nur mit ihnen wird eine Veränderung unserer Lebensweise möglich, die von den Bürgerinnen und Bürgern auch akzeptiert wird. Wer den umfassenden grünen Wandel will, darf das rote Projekt der Gleichheit nicht vergessen. Mehr unter: <http://www.linksfraktion.de/clara/energiewende-starten-2011-06-30-1/oeekologie-alle/>

Rot-Rot verknüpft Wirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung

Im Interview: Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE)

Wie stehen die Brandenburger zu Rot-Rot?

Die Brandenburger gehen in der Mehrheit davon aus, dass sich das Land richtig entwickelt. Es gibt einen bemerkenswerten emotionalen Wandel im Land. Unter CDU/SPD gab es eine mehrheitliche Ablehnung eines Mindestlohnes im Vergabegesetz. Aber jetzt haben Unternehmerverbände und Kammern einen differenzierten Standpunkt, es geht mehr um Detail-Fragen wie die Kontrolle. Wie sehr man allein durch den Regierungseintritt der LINKEN etwas ändern kann, hat mich überrascht.

Was erwarten die Bürger speziell von der LINKEN?

Sie erwarten, dass wir soziale Fragen, wirtschaftliche Verantwortung und ökologische Nachhaltigkeit anders verknüpfen als zuvor CDU und SPD. Wir können soziale und nachhaltige Kriterien bei der Wirtschaftsförderung einführen: Unternehmen erhalten einen Bonus für Tarifbindung oder Zertifikate für Ressourcenschonung, Qualität und Benutzerfreundlichkeit. Die Förderarchitektur ist Ausdruck des politischen Selbstverständnisses, mit dem Rot-Rot angetreten ist.

Bürgerinitiativen verlangen von uns völlig zu recht, ernst genommen zu werden, wesentlich stärker

als von der CDU-/SPD-Regierung. Und wir versuchen auch stärker, sie einzubinden. Das macht für uns Entscheidungen schwerer,

an. Wie wirkt sich die Finanzlage aus?

Brandenburg muss mit weniger Zuweisungen leben - der Solidar-

die Personalausstattung in Kitas und Schulen verbessern, die Polizeipräsenz in der Fläche, wird bei uns als normal empfunden. Aber es muss klar sein, dass wir Einsparmöglichkeiten, Synergieeffekte usw. finden müssen.

Was machen Sie im Wirtschaftsressort anders als die Vorgänger?

Ich habe ein anderes Verständnis von der Rolle des Staates, um Marktwirtschaft sozial zu gestalten. Ich interpretiere die Landesverfassung so, dass die Regierung verpflichtet ist, gleichwertige (nicht gleichartige!) Lebensbedingungen in Brandenburg zu sichern. Dazu gehört inzwischen die Sicherstellung einer schnellen Internet-Anbindung; das Land wird Vermieter, private Anbieter können mieten - damit bleibt eine öffentliche Trägerschaft für 20 Jahre gesichert. Den Auftrag hatte

auch die CDU-/SPD-Regierung, aber wir verstehen ihn politisch anders: Der Staat hat die Verantwortung für die Lebensverhältnisse im gesamten Land, das kann man nicht allein dem Markt überlassen. Das schließt ein, positive Entwicklungen wie Mittelstands- und Außenwirtschaftsprogramm anzupassen und weiter zu führen.

Wie bezieht man Städte und Gemeinden in Energie- und Klimaschutzpolitik ein?

Wir haben Geld bereitgestellt, damit Städte und Regionen Klimaschutzkonzepte erarbeiten können, um über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg weniger Ressourcen zu verbrauchen.

Berlin und Brandenburg haben als Hauptstadtregion die gemeinsame Chance der Orientierung auf neue Produkte. Das kann Arbeitsplätze in Verkehr, Logistik, Energie, Gesundheitswirtschaft und Kommunikationstechnologie bringen. Wir haben deshalb eine Innovationsstrategie (InnoBB) zusammen mit Berlin entwickelt, eine gemeinsame Institution setzt die Technologiestrategie beider Länder um. Das ist bundesweit einmalig: Wir sind in Brüssel Modellregion geworden.

Dabei steht DIE LINKE dafür, dass es nicht nur zum Wandel in der Energiegewinnung und in der Reduzierung des Verbrauchs kommt, sondern dass auch soziale Fragen wie die Preisgestaltung berücksichtigt werden.



denn inzwischen gibt es Initiativen z. B. für und gegen Windkraftanlagen. Nicht alle Argumente können also berücksichtigt werden. Im günstigsten Fall kann man aber von beiden Seiten Anregungen aufnehmen und daraus eine bessere Lösung entwickeln.

Die CDU fordert Schuldenabbau und greift gleichzeitig Finanzminister Markov für die gesetzliche Sparverpflichtung

MdB auf Sommertour in Potsdam



Eine Delegation von MdB der LINKEN – Thomas Nord und Dagmar Enkelmann - unter Leitung der Brandenburger Gesundheitsministerin Anita Tack besuchte am 22. August u. a. das Klinikum „Ernst von Bergmann“. Im Mittelpunkt stand die zukünftige Finanzierung der Krankenhäuser. Weiter ging es um die Auswirkungen des geplanten Versorgungsstrukturgesetzes. Die schwarz-gelbe Regierung will gegen die medizinische Unterversorgung auf dem Lande gehen. Anita Tack zweifelt, dass das mit diesem Gesetz gelingt.

Foto: Beim Pressetermin in der „Seerose“.

... und dann las ich Aschinger

Interview mit Heimathistoriker Dr. Wolfgang Grittner, Potsdam-Marquardt

Womit begründen Sie Ihre Bedenken gegen die Wiederbelebung des Namens Aschinger?

Ja, ich teilte dem Leiter der Lokalredaktion telefonisch mit, welche dunklen Seiten der Geschichte sich mit dem Namen Aschinger auch regional mit Potsdam verbinden. Im Artikel von Rainer Schüler gab es keinerlei Hinweis darauf, auch nicht unter der Rubrik Aschinger-Historie.

Welche dunklen Seiten?

Es ist bekannt, dass die Firma Aschinger zur Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere ab 1937, wesentlich an der Arisierung der Kempinski-Restaurants in Berlin und auch in Marquardt beteiligt war. Der Eigentümer des Schlosses Louis August Ravené hatte es 1932 dem Berliner Hotelier Kempinski verpachtet, das sich schnell zu einer beliebten Adresse für gut betuchte Berliner und Potsdamer entwickelte.

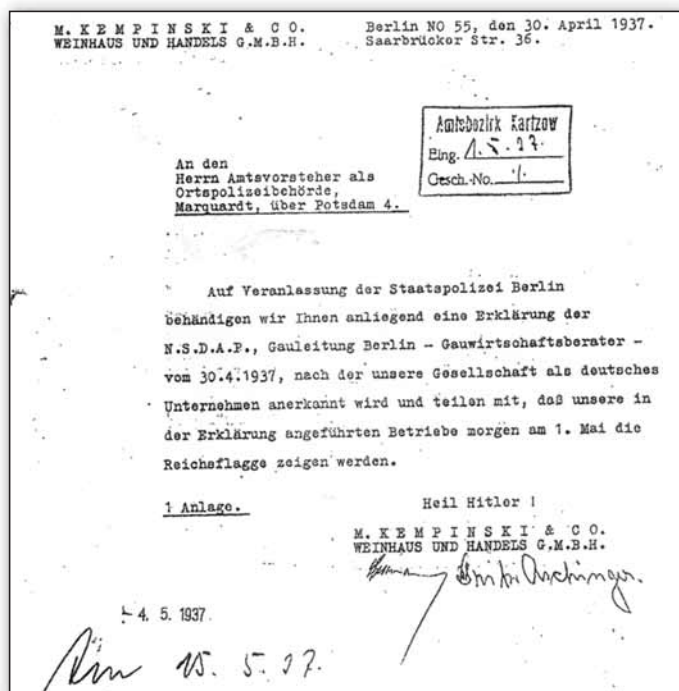
In der von 1911 bis 1943 geführten Marquardter Schulchronik kann man aber auch lesen: „Im Frühjahr 1933 brach für den Betrieb Kempinski eine schlimme Zeit an. Heißsporne der Partei marschierten vor das Schloß und verlangten die Schließung des jüdischen Unternehmens“. Und weiter: „Durch die Aufnahme des Dir. Eger zum Generaldirektor ist der Gesamtbetrieb als arisches Unternehmen anerkannt.“

Die Übernahme durch Fritz Aschinger erfolgte schrittweise. Am 30. April 1937 erhält der Amtsvorsteher von Marquardt eine Mitteilung über die „Arisierung der Firma Kempinski, unterzeichnet auch von Fritz Aschinger, welcher die NSDAP-Nr. 5379776 hatte (Abb.1). Das Kempinski-Firmenlogo K-Turm mit Stern war bereits durch

Im Mai 2011 ist am Potsdamer Hauptbahnhof, dort, wo das „Hooters“ sich nicht halten konnte, ein neues Restaurant eröffnet worden. Unter dem Namen „Aschinger“ lebt auch in Potsdam eine Gastronomiekette wieder auf, die eine nicht nur rühmliche Geschichte hat.

Der Heimathistoriker Dr. Wolfgang Grittner aus Marquardt hat seine Bedenken gegen diese Marke und äußerte sie am Tag nach der Berichterstattung über die Eröffnung in der „Märkischen Allgemeinen“.

Unsere Redaktion wollte von Dr. Grittner Genaueres wissen.



den K-Turm mit Traube ersetzt worden, um jeglichen Hinweis auf jüdische Symbole zu vermeiden. Nach und nach wurde die Familie Kempinski aus dem Unternehmen herausgedrängt. Bis Louis August Ravené schließlich das Schloss, den Park und den Gutshof lt. Grundstückskaufvertrag vom 24. März 1942 für 1,28 Millionen Reichsmark an die Aschinger AG verkaufte.

Auch nach der Übernahme durch Aschinger wurde der Name Kempinski beibehalten, um dem einträglichen Image dieser welt-

bekanntem Hotel- und Restaurantfirma nicht zu schaden.

Ein Teil der Familie Kempinski emigrierte ins Ausland; Dr. Walter Unger, ein Neffe der Kempinski-Tochter Frieda und Mitinhaber der Firma, wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet.

Herr Dr. Grittner, woher haben Sie diese Detailkenntnisse?

Für mich als Ortschronist ist die jüngere Ortsgeschichte von Marquardt von besonderem Interesse. In den ortsgeschichtlichen Auf-

zeichnungen, aber auch in neueren Veröffentlichungen zur Firmengeschichte Kempinski sowie über das jüdische Brandenburg findet man zahlreiche historische Belege über die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen während der Zeit des Nationalsozialismus, auch darüber, dass in den Aschinger-Betrieben ausländische Zwangsarbeiter ausgebeutet und jüdische Frauen zur Deportation freigegeben wurden. (s. Literaturangaben)

Auf der Grundlage des Gesetzes vom 8. Februar 1949 zur Einziehung der Vermögenswerte von Kriegsverbrechern und Nazi-Aktivisten wurden die Aschinger AG bzw. Folgebetriebe enteignet (Verordnungsblatt von Groß Berlin; 9. Februar 1949, Seite 49). Nach Abschluss des Verfahrens haben sich Fritz Aschinger und seine Schwester das Leben genommen. Sicher erinnern sich auch heute noch ältere Berliner an das billige Speisenangebot bei Aschinger. Man kann aber im Wissen um die historischen Hintergründe den Namen Aschinger nicht auf Löffelers, Kartoffelsuppe und Billigschrippen reduzieren.

Literatur:

1. Ortschronik Schorin – Marquardt (1913-1945)
2. Pracht, Elfi (1994): M. Kempinski & Co., Herausgeber: Historische Kommission Berlin
3. Schenk, H. (1995): Kempinski in Marquardt, in: Dieckmann, I. und J. H. Schoeps (Hrsg): Wegweiser durch das jüdische Brandenburg

Anmerkung der Redaktion:

Wir haben der Geschäftsführung des „Aschinger“-Restaurants Potsdam die Möglichkeit angeboten, sich zum Inhalt dieses Beitrages zu äußern. Leider haben wir keine Antwort erhalten.



Wichtiger Termin:

Internationaler Gedenktag für Opfer von Faschismus und Krieg

Antifaschismus gestern und heute – „Tag der Erinnerung und Mahnung“ – am 11. September, 11.00 Uhr, Potsdam, Platz-der-Einheit, am ODF-Denkmal mit einem



Grußwort von Rudi Slonina (Foto), Wehrmachts-Deserteur und Aktivist im Nationalkomitee Freies Deutschland in der Sowjetunion.

Mehr unter:
brandenburg.vvn-da.de/termine

„Die Garnisonkirche gestern, heute und morgen“

Vormerken: Diskussionsrunde zur Garnisonkirche im Filmmuseum

Die „Friedensspirale e.V.“ Potsdam-Marquardt lädt zum 18. September 2011 zu einer Veranstaltung mit Vortrag und Aussprache im Rahmen der Diskussion um den beabsichtigten Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche ein. Thema der Veranstaltung wird sein: „Die Potsdamer Garnisonkirche gestern, heute und morgen?“

Der einführende Lichtbildvortrag – Vortragender ist Dr. Frank Baier – beschreibt die Geschichte der Garnisonkirche in den vergangenen drei Jahrhunderten. Dabei werden die Gründe ihrer Errichtung wie auch bauliche und ar-

chitektonische Aspekte an den Anfang gestellt. Ausführlichen Raum nehmen die historische Darstellung und die Beschreibung des Verhältnisses zwischen den Aufgaben der Kirche und den Zielen der jeweiligen preußischen Könige ein. Das betrifft vor allem die Regentschaften Friedrich II., Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III, die Zeit der Revolution 1848, den Krieg 1870/71 gegen Frankreich und das deutsche Kaiserreich sowie den 1. Weltkrieg.

Anschließend wird die Bedeutung der Kirche zur Zeit des Faschismus behandelt. Hierbei wird

nicht nur die Einführung Hitlers als Reichskanzler gesehen sondern auch die Funktion der Potsdamer Garnisonkirche während des gesamten Zeitraumes 1933 – 1945. Das betrifft die Aspekte der ideologischen Nutzung des Gebäudes, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wie auch die Frage des Zusammenhangs mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.

Danach soll die Zerstörung Potsdams und der Kirche am Kriegsende 1945, der Abriss 1968 und die unterschiedlichen Ansichten und Aspekte im Zusammenhang mit einem inzwischen beabsich-

tigten Wiederaufbau betrachtet werden. Die Veranstaltung soll den Beginn einer breiten Diskussion über alle damit zusammenhängenden Fragen in der Potsdamer Öffentlichkeit markieren.

Es diskutieren: Befürworter und Gegner des Wiederaufbaus (Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V., Stiftung Garnisonkirche Potsdam, Friedensspirale e.V., Bürgerinitiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“, Vertreter aller in Potsdam wirksamen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien sowie die Potsdamer Öffentlichkeit).

Sudoku

4	9		2	7	1			
	5					3		
1		8			6		4	
		6	9		8	2		
			2		1			
		5	6		4	3		
2		7				1		3
	6						7	
9	3		1		8			5

Auflösung August

1	3	6	2	9	5	8	7	4
9	8	2	3	4	7	5	1	6
4	7	5	1	6	8	3	2	9
8	9	4	7	3	6	2	5	1
6	5	1	8	2	9	4	3	7
3	2	7	5	1	4	6	9	8
5	1	9	6	8	2	7	4	3
7	6	3	4	5	1	9	8	2
2	4	8	9	7	3	1	6	5

Witz des Monats

Chef zur Sekretärin: „Das geht zu weit! Sie schlafen ja am Arbeitsplatz!“ – „Na und?“, meint die Dame spitz, „Sie haben mir doch einen Traumjob angeboten!“

Wussten Sie schon... ,

...dass Stinkesocken als Malaria-Vorsorge eingesetzt werden? Ein nach stinkenden Socken riechendes Gerät soll in Afrika Malaria-Mücken anlocken und dann vernichten. Die Idee entstand, weil die Mückenweibchen bevorzugt in Füße pieken...

Einen Tag „mittendrin“ sein

Potsdamer Genossenschaftstag – gemeinsam, bunt und vielfältig

Der Alte Markt in der Potsdamer Mitte mit dem historischen Ensemble aus Nikolaikirche, Altem Rathaus und Fortunaportal bietet am 10. September erneut die beeindruckende Kulisse für den Potsdamer Genossenschaftstag. Nachdem das Fest anfangs durch die verschiedenen Potsdamer Stadtteile tourte, hat es seit dem letzten

Geboten wird eine unterhaltsame Mischung aus Aktion und Information, Kultur und Kulinarischem. Zum Fest locken von 15.00 bis 22.00 Uhr neben dem Bühnenprogramm, Informations- und Verkaufsstände sowie Spiel- und Spaß-Angebote für Kinder und Jugendliche, wie Riesenrutsche und Bungee-Trampolin. Mit dabei sind in diesem Jahr „Stamping Feet“ - das Trommelgewitter aus Berlin, die schon die Berliner Fanmeile oder den Brandenburg-Tag rockten und auf der Bühne ein Feuerwerk aus Ideen, Akrobatik und eingängigen Melodien zünden. Auch BMX-Artist Frank Wolf wird am Start sein und durch das Programm wirbeln, „Dayami & Company“ unterhalten mit Klassikern und aktuellen Hits aus Rock, Pop, Jazz und Latin. Auch sonst erwartet die Gäste ein abwechslungsreiches mit Highlights gespicktes Bühnenprogramm, ob temperamentvolle Tanzshows der „Oxymoron Dance Company“, eingängige Klassiker von „Blechzeit“ oder artistische Balanceakte mit „Queen Katerin“. Bevor gegen 22:00 Uhr der Tag mit einer fesselnden Licht- und Pyroshow beendet wird, gibt es also einiges zu entdecken und erleben.

Nicht fehlen darf allerdings auch ein anderer „Klassiker“: das traditionelle Spendenbarometer! Gesammelt wird diesmal für den ESV Lokomotive Potsdam e.V. und die Ortsgruppe 40 der Volkssolidarität (Templiner Vorstadt). Darüber hinaus können die Besucher wieder an einer Verlosung mit attraktiven Preisen teilnehmen sowie eine neue Ausstellung der Genossenschaften besichtigen. Gemäß dem Rotationsprinzip wird der Genossenschaftstag 2011 in Regie des Arbeiter-Bau-Vereins Potsdam eG und der Wohnungsbaugenossenschaft „Daheim“ eG,

zwei der ältesten und traditionsreichsten Potsdamer Genossenschaften, ausgerichtet. Beide Genossenschaften, die 2011 das stolze Gesamtalter von 222 Jahren erreichen, begründeten in ihren Anfangsjahren die Tradition der Potsdamer Gartenstadtsiedlungen. Veranstalter des Genossenschaftstages sind weiter: die Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG, die GWG Bauverein Babelsberg eG, die Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ Potsdam eG, die Wohnungsgenossenschaft 1903 Potsdam eG, die Wohnungsgenossenschaft Potsdam-West eG, die Gewoba eG Babelsberg und die Potsdamer Wohnungsgenossenschaft pbG eG.



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

- Sonntag, 04.09.2011, 10.00 Uhr:** Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28
- Montag, 05.09.2011, 14.30 Uhr:** „Sorrent und Amalfiküste“- Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *Dahlweid
- Dienstag, 06.09.2011, 14.00 Uhr:** „Musikalischer Rätselnachmittag“ - musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff. *Dahlweid
- Mittwoch, 07.09.2011, 18.00 Uhr:** „Wenn's dir bei uns nicht gefällt, so geh' doch in deine östliche Welt“ (Goethe). Buchlesung mit Dr. Erhard Scherner in der Fiebelkorn-Stiftung, Hessestr. 19.
- Freitag, 09.09.2011:** Info-Stände in den Stadtteilen – 14.30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern; 15.00 Uhr REWE-Kaufhalle Haecelstraße / Potsdam West, 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Stadtteil Drewitz.
- Freitag, 09.09.2011, 18.00 Uhr:** „Erlebtes Indien“ – Lesung und Ausstellungseröffnung mit Prof. Dr. Manfred Ueseler – Alleestraße 3.

- Sonabend, 10.09.2011:** Info-Stände in den Stadtteilen – 10.00 Uhr Weberplatz / Stadtteil Babelsberg; 10.00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost; 10.00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am Schlaatz; 10.00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II; 10.30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld.
- Sonabend, 10.09.2011, 14.00 Uhr:** Eröffnung der Ausstellung „Herbert Ritter oder Friedrich II. – das eine oder das andere Potsdam. Bruchstücke auf Holzsplitter“ mit einem Vortrag von Dr. Frank Beier. Fiebelkorn-Stiftung, Hessestr. 19
- Sonabend, 10.09.2011, ab 15.00 Uhr:** 4. Fest der Toleranz am Schillerplatz/Havelufer
- Sonabend, 10.09.2011, ab 15.00 Uhr:** Potsdamer Genossenschaftstag am Alten Markt
- Montag, 12.09.2011, 14.30 Uhr:** „Eine Reise in die schönsten Nationalparks der Erde, Teil 2“ mit Karl Kreuzt. *Dahlweid
- Dienstag, 13.09.2011, 14.30 Uhr:** „Spiel mir eine alte Melodie ...“ Teil 9: Die Sechziger mit Gerald Meister. *Dahlweid

- Mittwoch, 14.09.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid
- Donnerstag, 15.09.2011, 10.00 – 12.30 Uhr:** Wie viel „Marx“ ist im Entwurf für das neue Programm der Partei DIE LINKE? In der Alleestraße 3
- Donnerstag, 15.09.2011, 18.00 Uhr:** DIE LINKE lernt... Vegetarismus, Veganismus und Klimaschutz - Haus der LINKEN, Alleestraße 3. Referent/in: Thomas Weisz (Linksjugend [solid]), Gesine Agena (Bundessprecherin Grüne Jugend)
- Donnerstag, 15.09.2011, 18.00 Uhr:** China – die neue Supermacht? Informationen und Diskussion zur aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in China **RLS
- Sonabend, 17.09.2011, 15.00 Uhr:** Irmtraud Gutsche liest: Eva Strittmatter. Leib und Leben. Im Haus der LINKEN, Alleestraße 3
- Sonntag, 18.09.2011, 15.00 Uhr:** Der „Ernst-Busch-Chor“ Berlin gastiert auf dem Marktplatz am Waldstadtcener

- (Waldstadt II). Mit dabei: Die Seniorensport-Frauentanz-Gruppe Waldstadt.
- Montag, 19.09.2011, 14.30 Uhr:** „Irland – die grüne Insel“, Teil 1: Der Süd-Westen. Mit Gerald Meister und Ingrid Püschel. *Dahlweid
- Dienstag, 20.09.2011, 17:00 Uhr:** Sitzungssaal des Brandenburger Verfassungsgerichtes, Potsdam: Die Brandenburger Verfassung und ihre Bedeutung für die politische Entwicklung des Landes. Auftaktveranstaltung der Reihe „Der 'Brandenburger Weg'. Schritte zu einem parlamentarischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ **RLS
- Mittwoch, 21.09.2011, 18.00 Uhr:** Wird sich die verstrickte deutsch-deutsche/ostdeutsche Geschichte auflösen? Krimiautor Lawrence liest aus „Mord auf dem Reiherberg“. Fiebelkorn-Stiftung, Hessestr. 19.
- Donnerstag, 22.09.2011, 18.00 Uhr:** DIE LINKE trifft... Greenpeace. Haus der LINKEN, Alleestraße 3. Referent/in: Felix May (Greenpeace Potsdam)

- Montag, 26.09.2011, 14.30 Uhr:** „Die schönsten Panoramazugstrecken der Schweiz“ mit Eva Gretsche. *Dahlweid
- Dienstag, 27.09.2011, 14.30 Uhr:** Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *Dahlweid
- Mittwoch, 28.09.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid
- Donnerstag, 29.09.2011, 18.00 Uhr:** Ein einheitliches Arbeitsrecht - ein Rettungspaket für Europa? Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“. **RLS
- Freitag, 30.09.2011, 19.00 Uhr:** Doppelprogramm - Strausberger Seniorenbrett'l mit „Nachschlag“ und Ute Apitz, Potsdam, „PEGASUSE – LIEDERliches“ im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße.

*Dahlweid: Senientreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle 11 in Zentrum-Ost
**RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53